



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2020

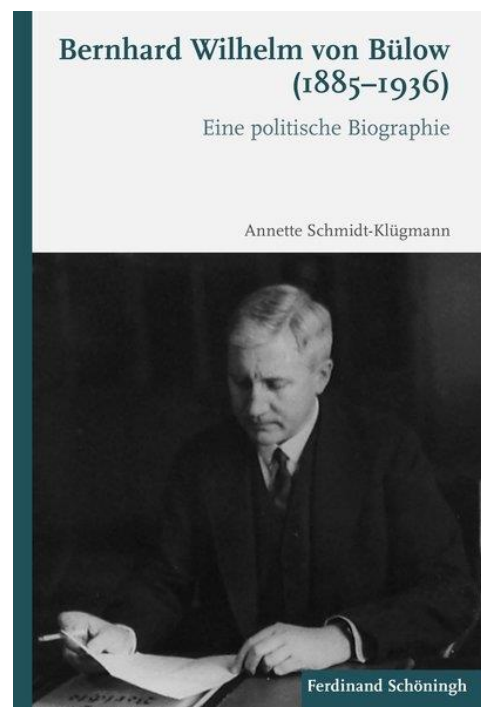
Annette Schmidt-Klügmann: Bernhard Wilhelm von Bülow (1885-1936). Eine politische Biographie.

Paderborn: Schöningh, 2020, XI, 707 S., 12 Abb., ISBN: 978-3-506-70268-5

Eine gewichtige Biografie liegt vor über einen Mann aus mecklenburgischem Uradel, dessen Vorfahren in hohen und höchsten Verwaltungsämtern gewirkt hatten. Die Autorin, stellvertretende Leiterin einer Bildungsstätte, hat die Bernhard Wilhelm von Bülow betreffenden Akten, insbesondere diejenigen des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes, akribisch durchgearbeitet, eine solide Basis, um neue Erkenntnisse über seinen politischen Standort und seine Positionierung in damals aktuellen politischen Fragen zu gewinnen.

Seine Biografie wurde ab 1919 geprägt vom Versailler Vertrag, den Bülow in den Verhandlungen als Referent glaubte auf Augenhöhe für Deutschland mildern zu können, eine seiner geringen diplomatischen Erfahrung geschuldete Fehleinschätzung, die seine weitere Karriere im Auswärtigen Amt begleiten sollte. Seine Unerfahrenheit mit dem Hineinversetzen in die Perspektive anderer Staaten konnte allerdings durch realistische Berichte deutscher Botschafter abgemildert werden. Auf der anderen Seite von Bülows Persönlichkeit standen sein effizienter Arbeitseinsatz, die Fähigkeit, komplexe Sachverhalte zu durchdringen, somit seine akribische Erarbeitung von Denkschriften, wie er sie etwa für die Versailler Vertragsverhandlungen verfasste.

Was qualifizierte Bülow zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vom Juni 1930 bis zu seinem Tod 1936? Entsprach er, so Lüdicke,¹ dem Typus des im kaiserlichen auswärtigen Dienst tätigen konservativen Beamten, der eine „Generalumkehr“ im Auswärtigen Amt weg von der 1918 eingesetzten Demokratisierung, hin in ein restauratives Fahrwasser betrieb? War er in Bezug auf den Versailler Vertrag der knallharte Revisionist, der den politisch Nationalkonservativen zu pass kam? Schmidt-Klügmann widerspricht dem mit detaillierten Argumenten, denn Bülow hatte sich sachlich als qualifizierter Leiter der Referate für Völkerbund und europäische Regionen breiter aufgestellt, was sich in seinem Einsatz für die Angleichung der Völkerbundsatzung an den Kellogg-Pakt, sprich das Kriegsverbot ohne Ausnahme, niederschlug. Seine Absicht war, den Völkerbund als Ausgangspunkt für die Entwicklung hin zu einer internationalen Ordnung zu nutzen, in der Rüstungen auf niedrigem Niveau angeglichen würden. Seine Expertise war umso wichtiger, als der Außenminister Curtius und Reichskanzler Brüning keine außenpolitischen Fachleute waren. Seine zähe Arbeit an der Rehabilitation Deutschlands ver-



¹ Lars Lüdicke: Constantin von Neurath. Eine politische Biographie, Paderborn 2014.

band ihn sowohl mit Stresemann als auch mit Curtius und Brüning. Die Revision des Versailler Vertrages blieb ein Leitmotiv seines Wirkens.

Die Verfasserin arbeitet den Konflikt heraus zwischen dem Reichswehrministerium, das schon in der Weimarer Republik auf ein militärisches Wiedererstarken hinarbeitete, und dem Auswärtigen Amt, das die Rüstungspolitik und die Revision des Versailler Vertrags als langfristigen offenen Prozess verstand. Erkennbar wird, dass Bülow während seiner Dienstjahre im Auswärtigen Amt einen mäßigenden Lernprozess durchmachte. Zwar positionierte er sich Mitte der 1920er Jahre gegen einen schnellen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, doch nicht aus politischer Abneigung, sondern verbunden mit der Erwartung, für Deutschland günstigere Bedingungen auszuhandeln. Entgegen dem gängigen Bild Bülows als Völkerbunds- und Locarno-gegner, der den Gegenpol zu Stresemanns Führungsgruppe um den Staatssekretär Carl von Schubert gebildet habe, entwickelt Schmidt-Klügmann anhand der in den Referentenentwürfen vertretenen Positionen das Bild eines überzeugungsstarken, aber integrierten Mitarbeiters des Auswärtigen Amtes. Gegenüber den amtierenden Reichskanzlern Brüning, Papen und Schleicher und den Außenministern Curtius und Neurath argumentierte Bülow in vielen Einzelfragen mäßigend, gerade auch im Widerspruch zu den Aufrüstungsplänen der Reichswehr.

Von zentraler Bedeutung für die Einschätzung Bülows ist sein Verbleib im Amt des Staatssekretärs nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Eine häufig verwendete angebliche Begründung Bülows: „Man lässt sein Vaterland nicht im Stich, bloß weil es eine schlechte Regierung hat“, weist die Autorin als kaum glaubwürdig nach. Bülow dachte über sein Ausscheiden aus dem Auswärtigen Amt nach, formulierte auch den Entwurf eines Entlassungsgesuchs, blieb aber im Amt, vermutlich zur Verhinderung einer „Säuberung“ des Ministeriums. Für die Beurteilung dieser Entscheidung bedeutsam ist seine programmatische Denkschrift vom März 1933 über Lage und Ziele der deutschen Außenpolitik, verfasst aufgrund der Weigerung Hitlers, sich in einer Aussprache mit dem Auswärtigen Amt grundlegende außenpolitische Expertise einzuholen. Ein Teil der Forschung missverstand Bülows Denkschrift als langfristigen expansiv-imperialistischen Programmentwurf, obwohl sie warnende Passagen und klare Kontinuitäten zur Außenpolitik der Weimarer Republik aufweist. Im Widerspruch zu Günter Wollsteins einflussreicher erstmaliger Edition der Denkschrift, in der er einen dreistufigen Plan zu erkennen meint – erst allgemeine Erstarkung, sodann Realisierung der territorialen Expansionsziele, abschließend Sprengung des „revisionistischen Rahmens“ zwecks einer „Weltmachtspolitik“ wilhelminischen Zuschnitts² – stellt Schmidt-Klügmann Bülows Rat zur Mäßigung gegen eine außenpolitische Vabanquepolitik heraus. Demzufolge legte er in der Tradition der Weimarer Außenpolitik Wert darauf, dass Deutschland an allen international behandelten Fragen diplomatisch mitwirkte, sich dabei auf wirtschaftliche Fragen konzentrierte und außenpolitische Konflikte vermied, ohne den Status quo anzuerkennen. Er zielte somit langfristig auf eine Revision insbesondere der Grenze zu Polen auf dem Verhandlungsweg. Deutschland solle mit allen Mächten, vor allem mit Großbritannien, aber auch mit Frankreich und der Sowjetunion gute Beziehungen unterhalten, im Völkerbund verbleiben, den Locarnopakt einhalten und eine maßvolle Rüstungspolitik betreiben. Außenminister Neurath stellte den Inhalt der Denkschrift im Kabinett vor, allerdings unter Auslassung entscheidender Punkte, womit er ihr kritisches Potenzial abschwächte.

Die Autorin arbeitet heraus, wie stark Bülows persönliche Auffassung auch vor 1933 von der amtlichen Position abweichen konnte. Beispielsweise bestritt er anfänglich die Judenverfolgung gegenüber den ausländischen Diplomaten, später tat er sie als Nebenprodukt einer Revolution ab. Durch Ergänzungen ideologischer Schriften des nationalsozialistisch geleiteten

² Günter Wollstein: Eine Denkschrift des Staatssekretärs Bernhard von Bülow vom März 1933. Wilhelminische Konzeption der Außenpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 13 (1973), S. 77-94.

Deutschland-Referats leistete er dem Antisemitismus Vorschub, obwohl weder das Auswärtige Amt noch Bülow selbst sich vor 1933 antisemitisch äußerten.

1934 hatte sich Deutschland in eine außenpolitisch schwierige Position manövriert. Nicht nur Hitler und seine Spießgesellen, sondern auch die Reichswehrführung strebte nach ungehemmter außenpolitischer Machtdemonstration, wobei der schwache Außenminister keine nachhaltigen Schranken aufbaute. Die Verfasserin arbeitet überzeugend heraus, wie Bülow in dieser Lage in Denkschriften und Gesprächen mit konkreten Maßnahmen für Mäßigung warb und, nachdem er bei seinem Amtschef Neurath nicht durchdrang, sich mit den Chefs des Truppenamtes und der Marineleitung direkt in Verbindung setzte. 1935 musste das Auswärtige Amt einen empfindlichen Bedeutungsverlust hinnehmen, weil Hitler Felder der Außenpolitik an Göring, den NS-Ideologen Rosenberg und den außenpolitischen Berater Ribbentrop abgab. Bülow als kompetenter Kritiker der forschen Außenpolitik geriet zunehmend ins Abseits, so auch bei der Rheinlandbesetzung 1936, an deren Stelle er, um die Sicherungen des Locarno-Paktes zu bewahren, eine Verhandlungslösung mit Deutschlands westlichen Nachbarn anstrebte. Andererseits zeigt Schmidt-Klügmann Bülows ambivalente Haltung auf, denn seine nachträgliche Zustimmung zur wiedererlangten Souveränität überlagerte alle Bedenken.

Neues hat die Autorin auch über Bülows Engagement bei den Linksliberalen herausgefunden. Ende 1918 trat er, obwohl er der Parteiendemokratie reserviert gegenüberstand, der DDP bei, wo er sich vor allem als Beisitzer im Vorstand der Jungdemokraten Groß-Berlins und als Vorsitzender der außenpolitischen Kommission der Jungdemokraten Groß-Berlins engagierte. Bülows Mitgliedschaft bei den Jungdemokraten ist bis 1923 nachweisbar, während die Dauer seiner Mitgliedschaft in der DDP bzw. ihrer Nachfolgerin Deutsche Staatspartei unklar ist. Unbeachtet blieb dabei der Hinweis in den Protokollen der DDP/DStP-Führungsgremien, dass prominente DDP-Mitglieder, die sich noch nicht zum Beitritt zur DStP entschlossen hatten, im Herbst 1930 herangezogen werden sollten, darunter Bülow.³

Wenig Klarheit schafft die Darstellung von Bülows Trauerfeier und Beerdigung. In der evangelischen Kirche beherrschte der Konflikt zwischen Bekenntnischristen und regimenahen „Deutschen Christen“ die Szene. Ob der Prediger einer dieser kirchenpolitischen Strömungen angehörte oder neutral blieb, erfährt der Leser nicht. Und war der Pfarrer der Trauerfeier identisch mit dem bei der Grablegung?

Annette Schmidt-Klügmanns Biografie löst Hermann Gramls „Essay“⁴ als maßgebliche Darstellung und Analyse von Bülows Leben und Wirken souverän ab, wobei sie alle wesentlichen außenpolitischen Themen, mit denen Bülow befasst war, abzudecken versteht. Wer sich mit der deutschen Außenpolitik in der Weimarer Republik und in den ersten Jahren des NS-Regimes beschäftigt, findet hier lohnende Zugänge.

Solingen

Horst Sassin



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net

³ Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933, bearb. v. Konstanze Wegner/Lothar Albertin, Düsseldorf 1980, S. 617.

⁴ Hermann Graml: Bernhard von Bülow und die deutsche Außenpolitik. Hybris und Augenmaß im Auswärtigen Amt, München 2012.